

Correspondent

Erscheint

Dienstag, Donnerstag,
Sonnabend.

Jährlich 150 Nummern.

für

Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

Alle Postanstalten
nehmen Bestellungen an.

Preis
vierteljährlich 65 Pfennig.

42. Jahrg.

Leipzig, Sonnabend den 23. Januar 1904.

№ 9.

Krankenkassen und Ärzte.

I.

Am 25. Januar wird der dritte allgemeine Krankenkassentag in Leipzig zusammentreten. Seine Einberufung ist lediglich auf die stationär gewordene Ärztekrisis zurückzuführen, welche für einige Orte sogar schon in das Stadium des offenen Kampfes übergegangen ist. Seit wir in Nr. 140 v. J. nach bestem Können und mit bestem Willen das Wort in dieser Angelegenheit nahmen, haben sich so viele Vorgänge auf diesem kritischen Gebiete abgespielt, ist die Lektüre darüber in der ärztlichen Fachpresse, den Organen der Krankenkassen wie auch in der Tagespresse, ist die Debatte über diesen im Vordergrunde der öffentlichen Fragen stehenden Punkt in Kassensammlungen usw. eine so ausgiebige gewesen, daß man nur mit Mühe diesem Feder- und Redekriege folgen konnte.

Auch im „Corr.“ nahmen zwei Kollegen das Wort zu dieser Frage: Kollege Raumanns in Nr. 149 v. J. und Kollege Schneider in Nr. 7 d. J. Wir wollen es vermeiden, auf die Ausführungen dieser beiden geschätzten Artikelschreiber des näheren einzugehen. Nicht als ob sich darüber nicht noch manches sagen ließe, sondern weil ein solches Beginnen einfach zu weit führen würde — und schließlich will ja doch jeder recht haben! Das Empfinden können wir jedoch nicht unterdrücken, daß Raumanns sich in der Hauptsache gegen die „Rhein. Zeitung“ mit seinem Artikel wandte, warum der „Corr.“ zu diesem Zwecke gerade herhalten mußte, ist nicht recht ersichtlich. Wir erhielten übrigens auf den Raumannschen Artikel von einem Kassensbeamten, der Verbandsmitglied, folgende kurze Erwiderung:

„Bezüglich des Artikels ‚Zur Ärztebewegung‘ von Raumanns-Röhl kann ich konstatieren, daß derselbe in fast allen Teilen den wirklichen Tatsachen nicht entspricht. Er vergißt ganz anzuführen, wo die Forderungen der Ärzte aufhören; ich kann es ihm verraten: Bei der Minimaltaxe. Hat Herr R. eine Ahnung, was dies bei einer Krankenkasse bedeutet? Nein! Wir wollen es ihm sagen: Die Minimaltaxe im Vereine mit der freien Arztwahl würde ungeheure Opfer der Mitglieder, in vielen Fällen aber die Auflösung der Ortskassen zur Folge haben. Wie die Herren Ärzte aber die Einführung der freien Arztwahl verstehen, mag daraus ersehen werden, daß der pfälzische Ärzteverband die Einführung derselben von den Ortskassen verlangt, bei den Betriebskassen aber erst bei Neugründung von solchen oder bei Freiwerden. Die Mehrheit der Ärzte in der Pfalz ist scheint's bei Betriebskassen engagiert und da vergißt man, die Konsequenz aus dem eignen Geschrei nach der freien Arztwahl zu ziehen. Kollege R. verrät am Schlusse seines Artikels, wo er von ‚einer gewissen Parteipresse‘ schreibt, was ihm bei der ganzen Sache am Herzen liegt. Aber man merkt die Wacht und wird verstimmt. Die Leser des ‚Corr.‘ werden aber mit mir darin übereinstimmen, daß das ‚schöne‘ Si tacuisses besser auf ihn als die Redaktion des ‚Corr.‘ und auf eine gewisse Parteipresse paßt. Aus der Pfalz. F. Sch.“

Uebersichten wir nun die augenblickliche Situation, so ist festzustellen, daß trotz der tönenden Worte aus Pfeife-Athen eine einheitliche Aktion bei den Ärzten nicht vorhanden ist. Hinsichtlich der Honorarforderungen herrscht schon eher Uebereinstimmung, bezüglich des Verlangens nach freier Arztwahl differieren aber die Maßnahmen der Ärztevereinigungen. An wie vielen Orten gegen-

wärtig ernstere Konflikte mit den Ärzten bestehen und wie viel der letzteren sich demzufolge auf dem Kriegspfade befinden, können wir leider nicht genau feststellen. Berichtigen wollen wir jedoch unsre in Nr. 2 über den Magdeburger Konflikt gebrachte Notiz. Trotz der dort seit einigen Jahren bestehenden, auf Personalitäten zurückführenden Spannung, ist von einer wirklichen Differenz nicht zu reden; es sollen neue Verträge abgeschlossen werden und sind lediglich zu diesem Zwecke die bestehenden seitens der Ärzte gekündigt worden.

Wie groß das Charivari selbst unter der Kategorie von Ärzten, welche mit der Arbeiterschaft engere Fühlung hat oder sich selbst zur Sozialdemokratie zählt, kann man an den Kontroversen in der „Neuen Zeit“, den Polemiken in der „Deutschen Krankenkassen-Zeitung“ und den Disputen an anderen Stellen ersehen. Der bekannte Berliner Arzt Dr. Freudenberg z. B. ist ein so eifriger Verfechter der freien Arztwahl und er führt eine so scharfe Klinge in dieser Frage, daß man wähen möchte, die Leipziger Herren bei der Arbeit zu sehen. Was dieser stramme Parteigenosse in der „Medizinischen Reform“ zu dem gegensätzlichen Standpunkte des größten Teiles der Krankenkassen ausführt und die Art seiner Fehde mit der „Deutschen Krankenkassen-Zeitung“ würde kaum den seligen Sigi vom „Bayerischen Vaterlande“ auf seinen alten Lorbeeren weiter ruhen lassen. Wir wollen jedoch nicht unseren Lesern mit einem Auszuge aus diesem Freudenbergischen Ergüsse einen zweifelhaften Genuß bereiten, sondern zwei sachlichere Zeugen aufmarschieren lassen, die einander in der letzten Nummer der „Neuen Zeit“ gegenüberstanden. Geben wir zunächst dem Gegner der freien Arztwahl, dem Dr. Wagner in Hanau, das Wort. Derselbe sagt nämlich u. a.:

„Gerade hierüber (über die Bestrebungen der ärztlichen Organisationen gegenüber den Krankenkassen D. Med.) hatte aber bis vor kurzem große Unklarheit geherrscht und zwar deswegen, weil eines der wesentlichsten Mittel, dessen sich die Ärzte zur Erreichung ihrer Ziele bedienten, die freie Arztwahl, auch in Krankenkassentkreisen bis in die neueste Zeit hinein sehr populär war. Inzwischen beginnt sich jedoch ein gründlicher Wandel in den Anschauungen über den Wert und den Nutzen dieser Kassenzirkel und damit aber auch ein besseres Verständnis für die kassen-schädlichen Absichten der meisten Ärzte unter den Kassensmitgliedern einzustellen. Diesen Umschwung herbeigeführt zu haben, dürfte wohl die wertvollste Leistung der Krankenkassen für die Krankenkassen sein. ... Die meisten Ärzte waren nämlich aus anfänglichen Gegnern bald zu rührigen Verfechtern der freien Arztwahl geworden. Denn sie hatten schnell genug begriffen, daß dieses System nicht nur ein vorzügliches Mittel zur Erreichung von Honorarerhöhungen ist, sondern daß es ihnen auch eine vollständige Unabhängigkeit von den Kasserverwaltungen gewährt. ... In Wahrheit sind die meisten Ärzte für die freie Arztwahl eingetreten aus rein eigennütigen Interessen ihres Standes. Die Wirkung der freien Arztwahl auf die Kassen ist die einer Schraube ohne Ende zur Erzielung immer höherer Honorare, hierfür den Ärzten aber auch noch Dank wissen, haben die Arbeiter nicht die geringste Ursache. Im Gegenteil, die freie Arztwahl ist heute nicht nur das wesentlichste Hindernis zu einer beide Teile befriedigenden Lösung der Kassenzirkelfrage, sondern sie fängt nachgerade an, zu einer schweren Gefahr, wie der Fortentwicklung der Krankenversicherung überhaupt so besonders ihres rationellsten Zweiges, der Ortskrankenkassen, zu werden.

Je mehr nämlich die Ortskrankenkassen sich genötigt sehen, ihre Beiträge infolge der immer höheren Kosten der freien Arztwahl zu erhöhen, desto größer wird die Gefahr der Aufspaltung größerer Mitgliedergruppen durch Errichtung von Betriebs- und Zunftkrankenkassen, da diese sich einmal viel leichter entschließen, sich in ihren Leistungen auf das gesetzliche Mindestmaß zu beschränken und da andererseits gerade diesen Kassen gegenüber die Ärzte nicht annähernd die gleiche Energie im Fordern entfalten, wie gegen die Orts- und freien Hilfskassen. Besonders den staatlichen und kommunalen Kassen gegenüber weichen die Ärzte aus sattem bekannten Gründen bei dem geringsten Widerstande gar bald zurück.“

Es wird auf Einzelheiten in diesen Ausführungen wohl noch zurückzukommen sein. Setzt wollen wir erst den Befürworter der freien Arztwahl aus derselben Nummer der „Neuen Zeit“ reden lassen und zwar den Dr. Lefmann in München:

„... Unter diesen Umständen war den Kassenvorständen das System der Zwangsärzte, das ihnen doch eine gewisse Macht über die Kassenzirkel an die Hand gab, viel sympathischer als das System der freien Arztwahl, das den Arzt dem Kassenvorstande gegenüber viel unabhängiger macht und das ist auch der Grund, warum viele große Kassen von der freien Arztwahl nichts wissen wollen. Die vielen übrigen Gründe sind bloß Helfershelfer und ihre große Zahl kann ihre sachliche Dürftigkeit nicht ersehen. Die Forderung der freien Arztwahl ist vom Standpunkte des Kranken aus eine Forderung der Humanität und der Gerechtigkeit. Der Beruf des Arztes setzt voraus, daß ihm der Kranke volles Vertrauen entgegenbringt und wo das fehlt, macht der geschickteste und gewissenhafteste Arzt Fiasko. ... Als Haupteinwand gegen die freie Arztwahl wird die Gefahr des finanziellen Ruins der Kassen angeführt. Die freie Arztwahl ist, abgesehen von der an sich zugehörigen Erhöhung des Honorars nicht teurer als das System der Zwangsärzte. Sie dürfte, wie auch schon Erfahrungen gezeigt haben, eher billiger werden. Die Ärzte kontrollieren sich in bezug auf überflüssige Besuche und teure Rezeptur viel strenger als den Kassenvorständen möglich wäre. Man wirft ferner ein, es sei keine wirkliche freie Arztwahl, weil nicht alle Ärzte mitmachen. Allerdings in dem Sinne ist es keine freie Arztwahl, daß jeder Arzt gezwungen werden kann, Kassenpraxis auszuüben. Das war aber bei dem heutigen Systeme der Zwangsärzte auch nicht der Fall. Es hätte aber auch gar keinen logischen Sinn. Welcher Arbeiter würde sich zwingen lassen, sein Arbeitsverhältnis zu vertauschen gegen ein anderes, bei dem er die Hälfte des Lohnes bekommt, den er bisher sicher hat?“

Da haben nun unsere Leser die Männer der Wissenschaft in einer Auffassung über die für sie brennendste Frage, daß man nachschlagen könnte. Dieses Gegenüber ist nämlich durchaus keine Ausnahme, sondern — soweit wir das „Schlachtfeld“ überblicken konnten — die fast allgemeine Stellungnahme in der Ärzteschaft.

Der Begriff „freie Arztwahl“ ist also ein durchaus ungelöstes, wie zu beweisen sein wird. Schon in unserm ersten Artikel vertraten wir die Ansicht, daß in Leipzig mit seinen 270 Kassenärzten von etwa 500 Privatpraxis ausübenden Ärzten die Frage der freien Arztwahl doch gegenstandslos sei, weil in der Hauptsache eingeführt. Der ärztliche Bezirksverein Leipzig-Stadt hingegen will auch den letzten seiner Mannen zugelassen haben und erhebt deshalb nachdrücklich die Forderung der freien Arztwahl neben der einer respektablen Honorarerhöhung. An diesen beiden Punkten sind ja dann

auch die Verhandlungen gescheitert. Die Kreis-
hauptmannschaft in Leipzig nahm nun Gelegenheit,
mit dem Vorstande des Ärztevereins über die
schwebenden Differenzen zu konferieren. Die über-
haupt gern die Öffentlichkeit engagierende Leitung
der Ärzte hatte darauf nichts Eiligeres zu tun,
als in die Welt hinauszuposaunen: Der Kreis-
hauptmann habe das Bestreben der Ärzte nach
Einführung der freien Arztwahl für durchaus be-
rechtigt und durchführbar erklärt und auch sonst
sein Wohlwollen für die Forderungen der Ärzte
kundgegeben. Die Kreishauptmannschaft stellte jedoch
sophistisch öffentlich richtig, daß die Sache sich anders
verhalte und sagte wörtlich in dieser Erklärung:
„Allein da in Leipzig einmal das an sich für den
Patienten erwünschteste Prinzip der freien
Arztwahl wenigstens tatsächlich und in
der Hauptsache eingeführt sei, so frage es
sich, ob nicht dieses System selbst in den hier vor-
liegenden Beziehungen verbesserungs- und ergänzungs-
fähig sei.“ Und in den übrigen Punkten lautet
die behördliche Erklärung den ärztlichen Forde-
rungen und der Art des vorstandsseitigen Vor-
gehens auch nicht besonders günstig.

Dr. Lehmann nun vertritt in seinem erwähnten
Artikel die Meinung, daß kein Arzt gezwungen
werden kann, Klassenpraxis auszuüben; in diesem
Sinne gebe es allerdings keine freie Arztwahl.
Der Verfechter dieser Forderung sieht also sofort
die Grenzen des Begriffes der freien Arztwahl —
für die Ärzte selbst; für die Krankenkassen da-
gegen soll es kein eignes Wollen, keine selbstgezogene
Grenze geben, sondern lediglich Unterwerfung unter
das von den Ärzteschreibern vorgeschriebene Postulat.
Wie soll es ferner mit den ärztlichen Kapazitäten,
wie mit den als untauglich befundenen, wie mit
den einer nach Allgemeinbegriffen ehrenwürdigen
oder strafwürdigen Handlungsweise überführten, wie
mit den in schwerwiegendste Differenzen mit den
Kassenverwaltungen oder den eignen Standesver-
tretungen verwickelten Ärzten gehandhabt werden?
Soll und muß die Krankenkasse solchen Herren
trotzdem ihre schützenden Fittige ausbreiten?
Und lautete nicht ein Verlangen der Leipziger
Ärzte, die Kasse solle die Mitglieder anhalten,
„einen der ihnen zunächst wohnenden Ärzte zu
Rate zu ziehen“? Wir könnten diese Beispiele
noch weiter führen, aber auch das dürfte schon
genügen zu der Behauptung, daß ein fester Be-
griff über die freie Arztwahl nicht aufzu-
stellen ist, deshalb auch nur von einer Be-
dingt bzw. beschränkt freien Arztwahl ge-
redet werden kann!

Das Wesen der freien Arztwahl soll das
der Humanität und Gerechtigkeit für den Kranken
sein, sagt Dr. Lehmann-München. Dr. Zepher,
auch ein streitbarer Held unter den Jüngern Resku-
laps, meint, die freie Arztwahl sei die einzige und
freien Arbeitern würdige Form der ärztlichen Ver-
sorgung, bezeichnet aber dieselbe auch als die Waffe,
welche sich die Ärzte für ihren Kampf um bessere
Honorarverhältnisse geschmiedet haben. Der Vor-
sitzende der geschäftsführenden Klasse des Kranken-
kassenverbandes, Reichstagsabgeordneter Fräßdorf,
bezeichnete die freie Arztwahl als im Prinzip
ideal. Dr. Wagner hingegen sagt klipp und klar,
die meisten Ärzte treten für die Arztwahl nur
aus rein eigenwilligen Interessen ihres Standes
ein. Nicht um die einzige würdige Form der ärzt-
lichen Versorgung der Kranken handle es sich dabei,
sondern um die beste Form der Ärzteversorgung:
„Diese Forderung bedeutet nichts anderes, als daß
die Klassen auf Kosten ihrer Mitglieder den Verste-
herstand vor der Proletarisierung schützen sollen.“
Dieser auch von uns schon im ersten Artikel ver-
tretene Standpunkt gewinnt um so mehr an Be-
deutung, wenn man sich vergegenwärtigt, daß von
den etwa 60 Millionen Einwohnern in Deutsch-
land einschl. der versicherten Familienmitglieder nicht
ganz 12 Millionen Krankenkassen angehören. Es
ist unmöglich und auch für einseitigvolle Menschen
klar, daß derartige Wünsche der Ärzte sich nicht reali-
sieren lassen, abgesehen von der Ungerechtigkeit, gerade

den Krankenkassen, durch welche die Ärzte tatsäch-
lich zu besseren Einkommensverhältnissen gekommen
sind, diese Rettungssaktion für einen ganzen Stand
aufzuhalten.

Die Wirkungen der Einführung von freier
Arztwahl für größere Klassen sind die des finanziellen
Ruins. Nicht allein nimmt der Honorarposten einen
ansehnlichen Aufstiege, auch die Ausgaben für Medi-
kamente, Bäder usw. werden ganz beträchtlich steigen,
denn das Simulantentum gewinnt ja bei diesem
Systeme zweifellos an Umfang; die Krankheits-
häufigkeit wird zudem auch eine bedrohliche Zu-
nahme erfahren. Die Leipziger Ärzteleitung sagt
allerdings, es lasse sich mit großer Leichtigkeit aus-
rechnen, daß die Klasse das Verlangte gewähren könne
ohne ihre Einnahmen weiter zu erschöpfen und ohne
ihre Leistungen irgendwie einschränken zu müssen.
Dagegen sagt die Kreishauptmannschaft in ihrer
schon angezogenen Erklärung:

„Um das nach Ansicht der Ärzte noch immer be-
stehende Mißverhältnis zu beseitigen, böten sich nun
zwei Wege: einmal eine weitere Erhöhung des Honorars
und zum andern eine Verminderung der ärztlichen
Leistungen.“

Das erste dieser Mittel sei unanwendbar, da die
jezt von den Kassennmitgliedern gezahlten 3 1/2 Prozent
des Tagelohnes billigerweise nicht überschritten werden
müßten.

Ebenso würde es höchst unerwünscht sein, wenn man
etwa die Fürsorge für die Familienangehörigen aufheben
oder beschränken wollte.

Es bleibe also nichts übrig, als zu prüfen, ob nicht
eine größere Einschränkung der ärztlichen Leistungen
eintreten könne.“

Das klingt schon ganz anders. Auch die Er-
fahrungen an anderen Orten liefern den Beweis
einer außerordentlichen Belastung der Klassen durch
die freie Arztwahl. Der Vorstand der freige-
wählten Klassenärzte in Berlin erließ im Juli v. J.
ein Rundschreiben an seine Vereinsmitglieder, worin
sich folgende recht bezeichnende Stellen vorfinden:

„Der Vorstand der Allgemeinen Ortskrankenkasse ge-
werblicher Arbeiter und Arbeiterinnen hat in gemeinschaftlicher
Tagung mit dem unterfertigten Vorstände eine Reihe
von Beschwerden über unzureichendes und unfähiges,
die Finanzen der Krankenkasse schwer belastendes Ver-
halten einzelner Klassenärzte vorgebracht und uns er-
sucht, im berechtigten Interesse der Krankenkasse, sowie
zwecks Ermöglichung der Aufrechterhaltung der freien
Arztwahl unseren Vereinsmitgliedern davon direkt Mit-
teilung zu machen. Die Krankenkasse hat zurzeit einen
ungeheim hohen Krankenbestand, welcher zu dem allge-
meinen Gesundheitszustande in keinem Verhältnisse steht
und den Krankenbestand früherer Jahre wesentlich über-
steigt. Auch die Kosten für Medikamente, Verbandzeug,
Malzextrakt und besonders für Milch sind ins Unge-
messene gestiegen...“

Zudem die vorgeschrittenen Klassen Deutschlands die
freie Arztwahl eingeführt haben, gaben sie damit dem
Vertrauen Ausdruck, daß jeder approbierte Arzt zum
Kassenarzt geeignet ist. Ärzte jedoch, die in der oben
geschilderten Weise — zum Teile aus trafen Egois-
mus — die gewissenlosen Elemente unter den
Kassennmitgliedern unterstützen, schädigen dadurch die
Krankenkassen und gefährden das fernere Bestehen der
freien Arztwahl.

Gegenüber denjenigen Kollegen, die nachweislich ihre
Unfähigkeit als Kassenarzt durch ganz zweifelhafte Be-
lastung der Klassen beweisen, sind wir und die Kassen-
verwaltung fest entschlossen, alle Mittel, welche uns die
Verträge und Satzungen (Verwarnung, Ausschließung)
bieten, rücksichtslos zur Ausführung zu bringen. Die
Vereinsmitglieder sind nach dem Kontrakte für ihre
Vertreter verantwortlich.“

Diese Erfahrungen nötigten dann den Vorstand,
die ohne jeden Zwang eingeführte freie Arztwahl
wieder fallen zu lassen. Für 1902 hatten von
Klassen mit freier Arztwahl Verluste: die Allge-
meine Ortskrankenkasse in Berlin 8200 Mk. am
Reservefonds, die Ortskrankenkasse der Maschinen-
bauer in Berlin 31 000 Mk. am Reservefonds,
die Ortskrankenkasse der Schneider in Berlin 3788
Mark am Reservefonds, die Allgemeine Ortsranken-
kasse in Frankfurt a. M. 81 963 Mk., die Allge-
meine Krankenkasse Gera-Land 15 600 Mk. Die
Ortskrankenkasse der Bauhandwerker in Wien hat
wieder 60 Ärzte angestellt, nachdem sich die freie
Arztwahl als undurchführbar erwiesen, die dortige
Ortskasse für Fabrikbetriebe hat auch nur schlechte
Erfahrungen mit der freien Arztwahl gemacht.
Uebrigens erklärte in einer Berliner Ärztever-
sammlung der Referent Dr. Peuser in aller Form:

„daß die freie Arztwahl kein direkt billiges System
ist, wird allseitig, selbst von ihren erregtesten
Wortführern zugegeben.“ Wenn diese Behauptung
auf die gemeinten Verfechter der Idee auch nicht
zutrifft — siehe Leipziger Auslassungen — so ist
diese Äußerung zweifellos recht bezeichnend für
das Objekt der ins Land geschmetterten Lösung.

Das Verhalten der örtlichen Ärztever-
einigungen zu der Frage der freien Arzt-
wahl ist gleich der Buntschichtigkeit der darüber
vorhandenen Ansichten auch ein recht unterschied-
liches. So haben die 180 Ärzte der Ortskasse
Dresden (90 000 Mitglieder) von einer Befolgung
der Leipziger Parole nicht das geringste merken
lassen und denken auch für absehbare Zukunft nicht
an eine Aenderung des jetzigen Verhältnisses (Revier-
arztsystem). In Berlin sind über 300 Ärzte mit
den Klassen mit beschränkter Wahl vor einigen Tagen
einen neuen Vertrag bis zum Jahre 1908 einge-
gangen; die schlauen Leipziger kamen mit ihren
Bereitungsmaßnahmen einen Posttag zu spät. In
München hat die gemeinsame Ortskrankenkasse
einen neuen Vertrag auf zehn Jahre mit den
Ärzten abgeschlossen, die Honorare sind erhöht,
von freier Arztwahl aber keine Spur. Die Bres-
lauer Ärzte haben die vom Verbands der Orts-
und Betriebskrankenkassen angebotenen Honorar-
erhöhungen angenommen, in Ulm hat man um-
gekehrt einem solchen Antrage von ärztlicher Seite
stattgegeben; freie Arztwahl ist aber in beiden
Fällen nicht gefordert worden. Auch in einer Reihe
von anderen Orten sind die Ärzte in Bewegungen
getreten, welche zum Teile bereits zu offenen Kon-
flikten geführt haben, jedoch blieb auch in diesen
Fällen die beregte Frage ausgeschaltet, allerdings
ist sie wieder in anderen Orten der hauptsächlichste
Anlaß der ausgebrochenen Differenzen.

Nachgegeben dem ärztlichen Ultimatum
haben bis jetzt (wir wissen nicht genau, ob auch
wirklich in allen diesen Fällen die Forderung der
freien Arztwahl den Ausschlag gab): München,
Stuttgart, Braunschweig, Düsseldorf, Bonn, Stras-
sund, Saalfeld, Rheyt, Langenbielau, Mühl-
hausen i. Th., Guskirchen, ohne die in den letzten
Tagen etwa noch hinzugekommenen Orte.

So sehr wir auch dem Verlangen der Ärzte
nach Verbesserung ihrer Lage entgegenkommen sein
müßten, wir können nach reiflicher Ueberlegung
nur nochmals erklären: eine völlig freie Arzt-
wahl ist unmöglich ihrem Wesen nach und
unmöglich in ihrer Durchführung! Die Ärzte
sind nach unsrer Meinung mit dieser Idee auf
eben so falscher Fährte, als wir Buchdrucker an-
fangs der 90er Jahre mit der Forderung: Ab-
schaffung des Berechnens. Erwarteten wir nicht
ebenfalls von dessen Beseitigung ein Nachlassen der
Arbeitslosenlarmatität, eine gerechtere Ausgleichung
der Löhne? Nun, die gemachten Proben aufs
Exempel haben uns schwer enttäuscht und liegt für
uns diese Frage jetzt in dem untersten Fache für
erledigte Sachen. Und wenn von einem Dr. Becker
in noch so feierlicher Form erklärt wurde: „Durch die
Beschlüsse des deutschen Ärzteskongresses ist die Forderung
der freien Arztwahl geradezu zu einer Art von Dogma
geworden“ und es von Leipzig bezüglich dieser
Forderung noch so hoffnungsfreudig klingt: „an
deren Durchführbarkeit ja überhaupt kein Zweifel
sein kann“, so wird doch der Glaube an die allein-
seligmachende freie Arztwahl auch für die Ärzte
bald nichts anderes sein als ein Papieraberglaube.
Wir lassen uns keineswegs zu einer solchen Stellung-
nahme beeinflussen durch das alles andere, nur nicht
sanftmütige Vorgehen des eigentlichen Ausers im
Streite, des Leipziger Verbandes (jetzt „Wirtschaft-
liche Abteilung des Deutschen Ärztevereinsbundes“
firmierend), welcher 40 Proz. aller Ärzte Deutsch-
lands vereinigt, sondern einzig und allein auf Grund
unsrer gewonnenen Ueberzeugung aus dem ein-
gehenden Studium dieser Frage. Wir sind für
weitest mögliche Ausgestaltung der beschränkten
Arztwahl, empfehlen für kleinere Orte die
völlig freie Arztwahl, wo dies nur angängig,
und treten insbesondere auch für größtmögliche

Verbesserung in der Entschädigung für ärztliche Leistungen ein und selbstverständlich auch für Schaffung gemeinsamer Kommissionen zur Regelung der gegenseitigen Verhältnisse ein. Was aber darüber hinausgeht, mögen die Ärzte ruhig von ihrer positiven Tagesordnung absehen.

Dieses keineswegs total ablehnenden Standpunkt nimmt nach unseren Wahrnehmungen auch die Leitung des Verbandes der Krankenkassen ein und wird sich auch von etwelchen Scharfmachern unter den Redaktoren usw. darin wohl nicht beirren lassen. Der Krankenkassentag am 25. Januar, dessen einziger Tagesordnungspunkt lautet „Die Stellung der Krankenkassen zu den Forderungen der deutschen Ärzteschaft“, wird also hinsichtlich der rein materiellen Forderungen möglichsten Entgegenkommen zeigen und den Kassen, wo notwendig und noch möglich, sogar Beitragserhöhungen empfehlen, bezüglich der Forderungen der freien Arztwahl kann er nur zur prinzipiell glatten Ablehnung kommen; wenn Krankenkassen in kleineren Orten darüber mit ihren Ärzten gütlich zu einem modus vivendi kommen, mögen sie es tun. Steht die deutsche Ärzteschaft also geschlossene, einseitige Haltung der Krankenkassen in dieser — nun sagen wir einmal — Machtfrage, dann wird sich angesichts der, wie bewiesen, divergierenden Anschauungen der Ärzte über diese Frage wohl noch in letzter Minute eine Brücke zur Verständigung schlagen lassen, wenn auch an einigen Orten schon die Schwertel klirren, schon die Flammenzeichen rauchen; das alte Wahrwort, daß allzu scharf scharf macht, gilt doch auch für die Ärzte! In den nächsten Wochen wird es sich ja dann zeigen, ob das Groß der deutschen Ärzte nicht in gar zu dichte Nähe der sich in Leipzig und einigen anderen Orten so munter behenden Schleifsteine gekommen ist.

Im folgenden Schlusssatz werden wir die Hinfalligkeit der von den Ärztesführern gegen die Krankenkassen erhobenen, zum Teile hanebüchlenen Anwürfe und die Trugschlüsse der Herren hinsichtlich ihrer prekären Lage kurz noch zu beweisen suchen.

Der Zusammenbruch.

Der Neunstundenkampf war geschlagen. Aus vielen Wunden blutend lag der Verband am Boden. Er hatte mit einem gewaltigen, aber doch ritterlichen Gegner gekämpft. Als schon während des Kampfes das Zinglein der Wage sich zu ungunsten der Gehilfen neigte, wurde in Prinzipalskreisen die Stimme laut, es dürfe das „Wehe den Besiegten!“ nicht ausgesprochen werden. Und mit wenigen Ausnahmen wurde diesem Rufe Folge geleistet. Über den geschlagenen Arbeitern waren weit schlimmere Gegner entstanden und dies waren — Arbeiter selbst. Diese letzteren werden gekennzeichnet durch das Wort **Gutenbergs-Bund**. Ueberall, wo der Verband versuchte, bessere Zustände zu schaffen, drängte sich der Bund als Zerstörer dazwischen. Gehässigkeit von manchen Prinzipalen fühlte er sich als Herr der Situation. Der Verband sollte vernichtet werden. Doch den Verband schützte seine ihm innewohnende ewig-jugendliche Elastizität. Trotz der erdrückenden Niederlage wurde er allen Anforderungen gerecht. Nicht ein einziger geschlagener Kämpfer, Kranker oder Invalide, nicht eine einzige Witwe mußten auf die Hilfe, die der Verband versprochen hatte, auch nur einen Augenblick warten. Heute steht der Verband kräftiger als je da.

Wie ganz anders ist es dem **Gutenbergs-Bunde** ergangen. Die Zeiten sind vorbei, wo die Bündler glückträubelnd Loblieder sangen, wenn sie von den Prinzipalen zu einem Butterbrot mit Käse eingeladen worden waren. Wie trumpten sie hier in **Hamburg** auf die Ueberhäufte in der **Witwen- und Invalidenkasse**, weil — eben noch niemand da war, der Leistungen beanspruchte. Aber jeder vernünftige Mensch mußte einsehen, daß der Zusammenbruch unausbleiblich war. Bei dem lächerlich geringen Beitrage von zusammen 20 Pfg. pro Woche wurden bis zu 520 Mk. Invalidenbezüge und 120 Mk. Wittwenbezüge jährlich versprochen. Ich setze unbedingt den guten Glauben der damaligen Macher voraus. Aber um an diese Leistungen zu glauben, dazu gehört ein weit größerer Optimismus als ihn der Kasseler Treiber-Schmidt besaß. Diesen hat aber sein bona fide nichts genützt. Er wurde empfindlich bestraft, obgleich er bei der Affäre auch sein eignes Geld zugelegt hatte.

Nun wird ja im „**Typograph**“ immer wieder behauptet, meine Berichte seien Zügelgewebe; der **Gutenbergs-Bund** halte infolge meiner Berichte nur immer fester zusammen. Aber die Tatsachen, und das läßt sich eben

nicht durch Schimpfen aus der Welt schaffen, liefern hierzu eine ganz andre Illustration.

Nach jedem meiner Berichte treten mehrere Bündler, darunter ist auch der gegenwärtige Vorstand vertreten, zum Verbands über. Und diese Kollegen geben ungeheuchelt ihrer Freude darüber Ausdruck, daß sie jetzt endlich Verbandsmitglieder sind. Vielleicht ruft wieder der „**Typograph**“: Rüge! Aber das hilft ihm nichts. Die Wahrheit läßt sich nicht weg schreiben. Bis jetzt hat sich noch jede meiner Behauptungen als wahr erwiesen. In Nr. 2 des „**Typograph**“ wird von **Hamburg** aus geschrieben: „Ueber das abgelaufene Jahr ist bis jetzt von uns selbst keine Bilanz gezogen, aber Th. weiß trotzdem genau Bescheid. Ja freilich weiß er das! War doch bei der Einladung zur Versammlung am 13. Dezember mein Bericht vom 3. Dezember dem Sinne nach vollständig abgedruckt. Da stand deutlich, daß die Ausgaben rapide im Wachsen und schon 600 Mk. von Grundkapitale jütisch seien. Als ich das aber schrieb, da hieß es einfach, daß sind Lügen. Diese albernen Nebenwendungen fallen also auf den **Gutenbergs-Bund** selbst zurück. Alles Schimpfen ändert nichts an der Tatsache: Der **Hamburger Ortsverein** des **Gutenbergs-Bundes** ist kaput!“

Jetzt noch einiges über den **Gutenbergs-Bund** im allgemeinen. Im „**Typograph**“ vom 25. Dezember wird geschrieben, mein Bruder (**Thebaner** Nr. 2) habe es nicht über sich gewinnen können, noch einmal in die **Lochschalmei** zu blasen. Weiter unten findet sich folgender Passus: „Die Bundesmitglieder wissen alleamt: So ein Glück leidet, leiden andere mit! Was den Kollegen in **Hamburg** aus ihrer **Lochschalmei** verloren ginge, würde der **Gutenbergs-Bund** sofort ersetzen.“ Das klingt ja recht schön und kollegial. Wenn es aber gestattet war, einen Blick hinter die Kulissen zu werfen, der weiß erst, welcher Art diese Kollegialität ist. Dieser letzterwähnte Passus ist weiter nichts wie die **Lochschalmei** der **Zentralkasse** an die **Hamburger Ortskasse**. Der **Gutenbergs-Bund** steht nämlich noch wackeliger als der **Hamburger Ortsverein**. Er möchte deshalb, daß letzterer zur **Zentralkasse** übertritt. Das überzunehmende Geld würde für den Augenblick einen gewissen Effekt machen und die **Jahresbilanz** einen höhern Vermögensstand aufweisen. Zu vergleichen wäre dies mit einem plötzlichen aufkommenden **Magnesiumlicht**, das die **Dunkelheit** nachher um so intensiver erscheinen läßt. Der **Hamburger Ortsverein** hat aber schon mit **Kopfschütteln** geantwortet. Er geht doch lieber hier zu Grunde, als daß er seine paar Kröten nach **Berlin** schießt.

Jetzt wird es wieder **Lügner** und **Verleumder** hageln im „**Typograph**“. Aber diese Aufregung kann der **Bund** sich sparen. Er braucht ja nur einfach seine **Kassenbücher** am grünen Tische der **Aufsichtsbehörden** vorzulegen und sich von diesen ein Gutachten geben zu lassen. Fällt dieses zu seinen Gunsten aus, dann erst hat er das Recht, mich einen **Lügner** zu nennen. Doch das steht fest: Von dem Zeitpunkt an, wo sich die **Aufsichtsbehörden** eingehend mit den **Kassenverhältnissen** des **Gutenbergs-Bundes** befassen werden, ist derselbe vollständig fertig.

Ich kann nun wohl sagen, daß es mir nicht angenehm ist, vielen Kollegen, die jahrelang zu den **Kassen** des **Bundes** gesteuert haben, die Hoffnung zu schanden zu machen. Weit lieber wäre es mir gewesen, der **Bund** hätte sich an den **Verband** geschnitten, wie **Damenellen** an einen starken **Magneten**, um ihn dadurch noch stärker zu machen. Aber der **Gutenbergs-Bund** hat es in all den Jahren nicht weiter gebracht, wie zu einem **Klub** der **Negativen** und **Inferenten**. Er versuchte ständig, die **Kraft** des **Verbandes** zu paralytisieren und hat sich dadurch seinen **Untergang** selbst zuzuschreiben. Der **Verband** wird aber noch manches Mitglied zu sich herüberziehen, wo es sich zu einem tüchtigen **Kollegen** entwickeln kann. Vorläufig will ich die **Sache** ihren sichern Gang gehen lassen — bis zum endlichen **Zusammenbruche!**

Hamburg.

Thebaner.

Korrespondenzen.

Breslau. Der **Schlesische Maschinenfabrikerverein** beschäftigte sich in seiner am 10. Januar abgehaltenen Monatsversammlung mit einem von der **Zentralkommission** überfandten Entwurf betr. Bestimmungen zur Bewertung der Leistungen an den **Sehmaschinen** nebst Erläuterungen. Der Entwurf, welcher auf Grund praktischer Erfahrungen zusammengestellt worden war, soll bei Schaffung eines **Sehmaschinentarifes** als Grundlage dienen. Nachdem der Vorsitzende auf einige Paragraphen desselben näher eingegangen, empfahl er den Mitgliedern, sich mit dem Entwurfe recht eingehend zu beschäftigen, damit etwa in demselben enthaltene Mängel rechtzeitig beseitigt werden können. Auch war dem Vereine ein **Normalstatut** zur Begutachtung resp. Annahme empfohlen worden, um dadurch in den einzelnen **Maschinenfabrikervereinen** mehr Einheitlichkeit zu schaffen. Nach Erledigung einiger interner Vereinsangelegenheiten wurde die **Versammlung** geschlossen.

Bromberg. Am 9. Januar hielt die **Maschinenfabrikervereinigung** für den Bezirk **Bromberg** eine **Versammlung** ab, welche fast vollständig besetzt war. Bei der Durchberatung des Entwurfes der **Zentralkommission** über Bestimmungen zur Bewertung der Leistungen an den **Sehmaschinen** entspann sich eine lebhafte Debatte; im Laufe derselben wurde jedoch dieser Entwurf einer **Kommission** überwiesen. Nachdem noch tarifliche und technische Fragen besprochen worden, schloß der Vorsitzende **Dreyer** die sehr

gut verlaufene **Versammlung** mit einem dreimaligen Hoch auf den **Verband**. — Für die nächste **Versammlung**, welche in der ersten Hälfte des **Februar** stattfindet, ist ein interessanter Vortrag angefragt.

Charlottenburg. Am 10. Januar fand die **Generalversammlung** des **Ortsvereins** **Charlottenburger Buchdrucker** im **Vereinssaale** statt, in welcher der Vorsitzende **E. Nowak** über das abgelaufene Jahr berichtete, welches als ein günstiges für den **Verein** nicht zu bezeichnen war, denn das **Vereinsvermögen** ging von 166 Mk. im **Januar** 1903 auf 14 Mk. im **Dezember** 1903 herunter. An **Durchreisenden** allein wurden im **vergangenen Jahre** etwa 160 Mk. verausgabt. Der **Mitgliederstand** beträgt jetzt 90 Mitglieder gegen 94 im **Vorjahre**; 21 Kollegen mußten im **Laufe** des **Jahres** wegen **Reisen** ausgeschlossen werden. Was den **Versammlungsbesuch** anbelangt, so könnte derselbe ein **regerer** sein, denn **durchschnittlich** betrug derselbe nur 25 Prozent der **Mitglieder**. Die **tariflichen Verhältnisse** **Charlottenburgs** können als **befriedigend** bezeichnet werden. Dem **Kassierer** **Hölkner** wurde für den von ihm **erstatteten Jahresbericht** **Dedgabe** erteilt. (**Vorstandswohl** siehe unter **Verbandsnachrichten**.)

F. Frankfurt a. M. In einer weiteren, außerordentlich stark besuchten **Versammlung** des **Vereins** aller in **Schriftgießereien** beschäftigten **Arbeiter** und **Arbeiterinnen** gab der **Vorsitzende** nach **Erledigung** einiger **geschäftlicher Angelegenheiten** einen **kurzen Bericht** über die **Leipziger Bewegung**. **Redner** ist am **Schlusse** seines **Berichtes** der **Meinung**, daß die **Mitglieder**, wenn sie den **Inhalt** des „**Corr.**“ genau **verfolgten**, was ja **stets** ihre **Pflicht** sein müßte, sie über den **Stand** der **Bewegung** durch die **ausführlichen** **Berichte** und **Artikel** seitens der **Corr.-Redaktion** am **besten** vom **Stande** der **Bewegung** **unterrichtet** seien. **Wit** der **von** der **Zentralkommission** **ausgeschriebenen** **Extrakteur** **erklärte** sich die **Versammlung** **einverstanden**. **Außerdem** fand eine **Resolution** einstimmige **Annahme**, in welcher den **Leipziger Kollegen** **nochmals** die **vollste** **Sympathie** **ausgedrückt** und die **Ausständigen** **ersucht** werden, an den **gestellten** **Forderungen** **festzuhalten**. Da es nach **Lage** der **Sache** **nicht** **ausgeschlossen** **ist**, daß **versucht** **wird**, hier **am** **Orte** **Streikarbeit** **herstellen** **zu** **lassen**, **wird** **den** **hiesigen** **Kollegen** **zur** **Pflicht** **gemacht**, **solches** **Unstimm** der **Prinzipale** **strikte** **abzuweisen** und **den** **berufenen** **Vertretern** **somit** **Mitteilung** **zu** **machen**.

-y- **Groitzsch-Pegau.** In der am 9. Januar abgehaltenen **Generalversammlung** **erstattete** **zunächst** der **Vorsitzende** den **Halbjahresbericht**. Am 1. **Juli** 1903 waren 26 **Mitglieder**, am **Schlusse** des **Jahres** 18 **Mitglieder** **vorhanden**. **Im** **besonderen** **gedachte** **der** **Vorsitzende** **unser** „**Schmerzenskindes**“, nämlich der **Ausnahmestimmungen**. **Er** **spornete** **die** **Kollegen** **an** **zur** **fleißigen** **Mitarbeit** **in** **diesem** **Jahre** **und** **hofft** **man** **mit** **a** **er** **Kraft** **und** **Energie** **das** **Ziel** **auch** **zu** **erreichen**. **Der** „**Corr.**“ **wird** **vom** **Ortsvereine** **in** **12** **Exemplare** **gehalten**. **Der** **Besuch** **der** **Versammlungen** **war** **im** **Durchschnitte** **gut**. **In** **einer** **außerordentlichen** **Versammlung** **sprach** **der** **Gehilfenvertreter** **Günter-Leipzig** **über** **die** „**Ausnahmestimmungen**“ **hierorts** **und** **in** **Begau**. **Hierauf** **erfolgte** **die** **Rechnungslegung** **des** **Kassierers**. **Nach** **Erledigung** **weiterer** **Punkte** **schrift** **man** **zu** **den** **Vorstandswahlen**, **welche** **lebhaft** **debattierten** **zeitigen**. (**Resultat** **siehe** **unter** **Verbandsnachrichten**.) **Unter** „**Verschiedenes**“ **wurden** **noch** **einige** **interne** **Angelegenheiten** **erledigt** **und** **schloß** **der** **Vorsitzende** **mit** **einem** **Hoch** **auf** **den** **Verband** **die** **gut** **verlaufene** **Versammlung**. — **Am** **darauffolgenden** **Tage** — **am** **10. Januar** — **feierte** **der** **Ortsverein** **seinen** **angekündigten** **Weihnachts-Familienabend** **unter** **sehr** **zahlreicher** **Beteiligung**. **Auch** **einzelne** **auswärtige** **Kollegen** **weilten** **in** **unser** **Mitte**. **Das** **gewählte** **Programm** **war** **äußerst** **reichhaltig**, **welches** **die** **Zuhörer** **bis** **zum** **Ende** **festhielt**. **Nach** **dem** **Programme** **vereinigte** **man** **sich** **noch** **zu** **einem** **kleinen** **Tänzen** **und** **herrschte** **nur** **eine** **Stimme** **des** **Lobes** **und** **der** **Anerkennung**, **einen** **genüßreichen** **Abend** **erlebt** **zu** **haben**. **Auch** **sei** **an** **dieser** **Stelle** **der** **Firma** **G. Reichardt** **für** **ihre** **Entgegenkommen** **betr.** **Druckentlieferung** **besonderer** **Dank** **gezoht**. — **Anschließend** **biten** **wir** **die** **Kollegen**, **nicht** **zur** **Beteiligung** **an** **Vergütungen** **zu** **zeigen**, **sondern** **tätig** **zu** **sein** **auch** **im** **Verbandsinteresse**. **Auch** **uns** **soll** **es** **gelingen** — **das** „**Schmerzenskind**“ — **die** **Ausnahmestimmungen** **mit** **vereinten** **Kräften** **in** **Wegfall** **zu** **bringen**.

B. Jernlohn. Eine **gut** **besuchte** **außerordentliche** **Mitgliederversammlung** **des** **hiesigen** **Ortsvereins** **fand** **am** **9. Januar** **statt**. **Der** **Vorsitzende** **hieß** **einleitend** **insbesondere** **den** **Arbeitersekretär**, **Kollegen** **Gogowski**, **willkommen**, **welcher** **mit** **dem** **1. Januar** **seine** **neue** **Stellung** **in** **hiesigen** **Arbeitersekretariate** **angetreten** **hatte**. **Der** **zur** **Unterhaltung** **des** **Arbeitersekretariates** **beschlossene** **Beitrag** **von** **10 Pfg.** **pro** **Mitglied** **und** **Monat** **wurde** **aus** **der** **Druckkasse** **bewilligt**. **Dann** **erstattete** **Kollege** **Hoffmann** **den** **Kartellbericht**. — **In** **der** **hierauf** **folgenden** **Dekretlichen** **Buchdruckerversammlung** **referierte** **Arbeitersekretär** **Gogowski** **über** **das** **Thema**: „**Die** **wirtschaftliche** **Lage** **im** **Buchdruckgewerbe** **und** **was** **denken** **die** **Kollegen** **zur** **Einführung** **des** **Tarifes** **zu** **tun?**“ **Nachdem** **der** **Vorsitzende** **den** **Referenten** **in** **kurzen** **Worten** **seinen** **Dank** **für** **seinen**, **mit** **lebhaftem** **Beifalle** **aufgenommenen** **einstündigen** **Vortrag** **ausgesprochen**, **schloß** **er** **die** **Versammlung** **mit** **einem** **kräftig** **aufgenommenen** **Hoch** **auf** **den** **Verband**.

Wiesbaden. Da **im** **Laufe** **des** **vergangenen** **Jahres** **nichts** **von** **Bedeutung** **für** **weitere** **Kollegenfreise** **zur** **Verbands-** **lung** **stand**, **wurde** **von** **einer** **Rechtserstattung** **abgesehen**

und dieselbe bis zum Schlusse des Vereinsjahres verschoben, wo wir gleich einen Gesamtüberblick über dasselbe geben wollen. Der Besuch der Versammlungen war wie in den Vorjahren ein mittelmäßiger; die persönlichen Reibereien haben erfreulicherweise nachgelassen und verschwinden hoffentlich noch ganz. Den meisten Stoff zur Debatte bot der paritätische Arbeitsnachweis, der fast in jeder Versammlung angeklagt wurde, so daß in einer Versammlung durch das Verhalten der Prinzipale dazu veranlaßt, beschloffen wurde, gegen unsere Mitglieder, die sich gegen die Bestimmungen des Nachweises vergehen, nicht mit aller Schärfe einzuschreiten. Für unsere reichhaltige Bibliothek, deren Zuanpruchnahme eine bessere sein könnte, wurden im verfloffenen Jahre 60 Mk. bewilligt. Der Geschäftsgang war namentlich im Sommer ein sehr stauer, so daß in dieser Zeit, vielfach auch durch ungeschicktes Aussehen, die Konditionslorenziffer eine erschreckende Höhe erreichte. Im ersten und mehr noch im vierten Quartale hatten alle Betriebe gut zu tun, so daß die Gehilfenzahl und infolgedessen auch der Mitgliederstand gegen das Vorjahr eine kleine Steigerung erfahren hat. Der Kassierer hatte zu klagen über die wenig pünktliche Ablieferung der Beiträge aus den größeren Druckereien. An Veranstaltungen zur Belehrung, Geselligkeit und Unterhaltung fehlte es auch im verfloffenen Jahre nicht. Auch für die Arbeiterbewegung hatten unsere Kollegen offene Taschen; außer den aus der Kasse bewilligten Beträgen wurde noch eine Sammelliste in Umlauf gesetzt und einige Druckereien legten sich eine freiwillige Extrasteuer für die Crimmitschauer Ausständigen auf. Wir treten mit dem Wunsche in das neue Jahr ein: Das Gute wolle sich erhalten und besser möge sich gestalten, was noch zu wünschen übrig läßt.

Mühlhausen i. Thür. In der am 13. Januar abgehaltenen Generalversammlung erstattete der Vorsitzende den Jahresbericht. Aus demselben ging hervor, daß zurzeit 43 Mitglieder hier konditionieren, welche sämtlich zu tarifmäßigen Bedingungen arbeiten. Nichtmitglieder sind 11 vorhanden, von denen 7 tarifmäßig und 4 zu untarifmäßigen Bedingungen arbeiten. Nennenswerte Veränderungen und Vorkommnisse waren im verfloffenen Jahre nicht zu verzeichnen. Der „Corr.“ wird leider nur in 13 Exemplaren gelesen; ein deshalb gestellter Antrag auf obligatorische Einführung (für 2 Mitglieder 1 Exemplar) auf Kosten der Ortskasse konnte bei dem schlechten Stande der letzten nicht angenommen werden und eine Erhöhung des Beitrages, der zurzeit (einschl. Witwenkasse und 10 Pfg. Extrasteuer für Crimmitschau) 1,60 Mk. beträgt, wurde nicht gut geheißen. Hoffentlich zeigen die Kollegen in Zukunft mehr Interesse am Abonnement des „Corr.“. Bei der Neuwahl des Vorstandes gingen folgende Kollegen als gewählt hervor: Mietze (Vorsitzender), Schilling (Kassierer), Rothe (Schriftführer), Niemann und Sächse (Revisoren). Der Zentralbibliothek wurde ein Jahresbeitrag von 10 Mk. bewilligt; ebenso wurden die Kosten für Wiederbereinigung der Finanze betr. Warnung an Eltern und Vormünder, tarifuntreuen Druckereien keine Lehrlinge zu überweisen, bewilligt. Die vom Tarif-Ausschuß angelegten Petitionen betr. Vergütung von Druckarbeiten an tariffreie Druckereien, sollen entsprechend verwandt werden. Aus dem Kartellberichte war hervorzuheben, daß demnächst eine Anstaltsstelle für Rechtsangelegenheiten eingerichtet würde und daß das Projekt des Gewerkschaftsaufbaues seiner Verwirklichung entgegengehe. Mit dem Wunsche, daß die Mitglieder auch im neuen Vereinsjahre ihr Verbandsinteresse durch regen Versammlungsbesuch betätigen möchten, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

-y- Schweinfurt. Am 10. Januar morgens wurde darüber eine für die hiesigen Buchdrucker bedeutende Feier abgehalten. Dem seit fast 43 Jahren in der Moritzschen Buchdruckerei (Schweinfurter Tageblatt) konditionierenden Schriftsetzer Josef Schwind wurde die ihm vom Prinzregenten verliehene Bronzemedaille des Verdienstordens vom heiligen Michael durch Bürgermeister Hofrat Sildner in Anwesenheit der beiden Prinzipale, sämtlicher Kollegen, Vertreter des städtischen Kollegiums und vieler Personen aus dem Bürgerstande im Sitzungssaale des Rathhauses feierlich überreicht, mit dem Wunsche, daß er zur Freude seiner Familie, wie zur Aufmunterung der jüngeren Generation noch lange diese Auszeichnung tragen möge. Nach schlichten Worten des Dankes seitens des Geehrten und herzlicher Beglückwünschung durch alle Anwesenden schloß die kleine würdige Feier. — Im Brauhause vereinte sich Prinzipalität und Personal zu einem Frischschoppen, welcher bei Ansprachen, Gesang und Vorträgen einen äußerst schönen Verlauf nahm.

Schwelm. In dem Versammlungsberichte in Nr. 4 des „Corr.“ ist dem Schriftführer ein unbegreiflicher Irrtum unterlaufen. Ich habe keineswegs über schlechten Versammlungsbesuch während des Vereinsjahres geklagt, sondern im Gegenteil erklärt, was auch den Tatsachen entspricht, daß der Besuch der Versammlungen, von einigen Ausnahmen abgesehen, ein guter gewesen sei. Daß eine Versammlung im Dezember ausfallen mußte, ist wohl zum Teile der Zeit, vielleicht aber auch der unbedeutenden Tagesordnung dieser Versammlung zuzuschreiben. Verloren ist dadurch absolut nichts. — Dem Berichte selbst ist noch folgendes hinzuzufügen: Der „Corr.“ ist obligatorisch, zwei Mitglieder ein Exemplar, eingeführt. Für die Hertenberger Ausgäberrten wurden 7,50 Mk. bewilligt. (Für „Crimmitschau“ siehe an anderer Stelle). — Ein Schmerzenskind für den hiesigen Ort ist das — dem Namen nach — bestehende Gewerkschaftskartell, welchem

auch der hiesige Ortsverein angeschlossen ist. Troßdem von unserer Seite die denkbar größten Anstrengungen gemacht sind, ist es seit etwa drei Vierteljahren nicht möglich gewesen, dasselbe zum Aufblühen zu bringen oder auch nur eine Sitzung abzuhalten. Alle Versuche scheitern eben an der Interesslosigkeit der übrigen Gewerkschaften. Neuerdings schloß sich die Zahlstelle des deutschen Holzarbeiterverbandes unseren Bemühungen an; hoffentlich zum guten!

mf. Stertrade. Manchen Kollegen wird es interessieren, auch mal wieder etwas aus unserem Ortsvereine zu hören. Der Verein hat in seinem einjährigen Bestehen, dank der Rührigkeit seiner Mitglieder, sehr schöne Erfolge zu verzeichnen. Die tariflichen Verhältnisse in den beiden hiesigen Druckereien sind als „gut“ zu betrachten und die hier in Kondition stehenden Kollegen durchweg Mitglieder; wir hoffen auch in kurzer Zeit noch die beiden Nichtmitglieder für unsre gute Sache zu gewinnen. — Die am 13. Januar abgehaltene Generalversammlung war von sämtlichen Mitgliedern besucht und hatten wir außerdem noch die Freude, unsern bewährten Bezirksvorsitzenden Hlbrind-Duisburg begrüßen zu können. Nach Verlesung des Jahres- und Kassenberichtes wurden einige interne Angelegenheiten besprochen. Nachdem der Vorsitzende die Kollegen noch ermahnte, immer treu durch Wort und Tat zum Verbandszuge zu stehen und Bezirksvorsitzender Hlbrind die Mitglieder nochmals an ihre Pflichten als treue Verbändler erinnert hatte, wurde die sehr erregt verlaufene Versammlung mit einem Hoch auf den Verband geschlossen.

Rundschau.

Zur gef. Beachtung! Da der Crimmitschauer Kampf nun beendet, eruchen wir die verehrten Gau- und Vereinsleitungen sowie die Vertrauensmänner, uns möglichst bald die Endsumme der von den einzelnen Orten gebrachten Hilfe mitzuteilen und zwar die freiwillig ausgebrachten Beträge (einschließlich der zur Weihnachtsbescherung) besonders summiert. Wo in großen Druckstädten die einzelnen Personale ihre Sammlungen direkt an die Gewerkschaftskartelle oder an G. Treue in Berlin abführen, (es kommen hierbei beträchtliche Summen in Betracht), wolle man uns ebenfalls darüber Mitteilung machen, damit wir ein ganz genaues Bild der von den Buchdruckern geflossenen Unterstützung erhalten können. Später als am 30. Januar eingehende Angaben können bei der Veröffentlichung keine Berücksichtigung finden.

Für die Crimmitschauer Textilarbeiter beschloffen noch die Einführung von Extrasteuern, ehe die Nachricht von der Einstellung des Kampfes bekannt geworden: Mitgliedschaft Stertrade (15 Pf.), Ortsverein Hoerde (20 Pf.), Ortsverein Kiel (10 Pf.), Ortsverein Milheim a. Ruhr (20 Pf.), Ortsverein Quablinburg (10 Pf.), Mitgliedschaft Schwelm (50 Pf., einmalig erhoben), Ortsverein Wankensie (10 Pf.), Ortsverein Fosen (10 Pf.), Mitgliedschaft Lützingen (10 Pf.), Ortsverein Witten a. R. (freiwillig).

Totschlag eines Kollegen. Wie wir im „Corr.“ in Nr. 120 v. F. mitteilten, war in der Nähe von Ronitz (Westpr.) von antisemitisch fanatisierten Einwohnern ein reisender jüdischer Schriftsetzer totgeschlagen worden. Unter der Beschuldigung, den am 22. Februar 1845 zu Warschau geborenen Schriftsetzer Abraham Levy am Abend des 28. September 1903 zu Tode geprügelt zu haben, hatten der Schlossermeister Max Hahn und der Nachtwächter Johannes Bergin sich jetzt vor dem Schwurgerichte in Ronitz zu verantworten, das den Hahn zu einem Jahre Gefängnis verurteilte und Bergin freisprach!

Konkurs angemeldet hat der Buchdruckereibesitzer Karl Dachs in Augsburg.

Befriedigend geschlossen ist die freie Hilfskassa Gutenberg in Braunschweig, weil sie den durch die neue Krankenkassenreform bedingten Änderungen nicht rechtzeitig nachgegeben ist. Die Kasse arbeitete in früheren Jahren stark mit Unterbilanz, hat sich aber jetzt wieder aufgeschwungen. Jedenfalls erfolgt nun die Umwandlung in eine Zuzufuhrkasse.

Die Braunschweiger „Neuesten Nachrichten“ wurden gerichtlich zur Unterlassung eines Inzerates gezwungen, welches von einer Wiener Firma (M. Feith) ausgegeben und worin goldplattierte Taschenuhren zu fabelhaft billigen Preisen offeriert werden. Die die Einstellung beauftragende Braunschweiger Ullmaderinnung stellte fest, daß diese „Präzisionsuhr nach Wasmutter System“ eine Zylinderuhr gewöhnlicher Art sei und das besonders angegebene Goldgehäuse im ganzen einen Wert von nur 20 Pf. habe.

Das der Stadtbibliothek jetzt angegliederte Gutenbergmuseum in Mainz erfährt, nach einem anscheinend von dem verdienstvollen Stadtbibliothekar Professor Dr. Bekke erstatteten Berichte, unter den neuen Verhältnissen im ersten Jahre seiner Entwicklung einen erfreulichen Ausbau. Der Bestand der Sammlungen wurde durch Ankäufe und durch zahlreiche Geschenke in sehr wertvoller Weise bereichert. Die Gutenberg-Gesellschaft hat dem Museum für dessen besondere Zwecke 2000 Mk. über-

Für die Weltausstellung in St. Louis läßt der Staat Missouri ein Druckwerk herstellen, welches die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse dieses Bundesstaates schildern soll. Dasselbe wird 500 bis 600 Seiten umfassen, zahlreiche Illustrationen und Karten bringen und in 300000 Exemplaren zur Verteilung an die „hervorragendsten Besucher“ der Ausstellung gelangen. Die Herstellungskosten sollen sich auf 200000 Mk. belaufen. Wie die „Buchdrucker-Woche“ mitteilt, ist in Waku in Rußland wieder eine Geheimdruckerei entdeckt worden. Eine ganze Anzahl von Personen wurde verhaftet.

Der 21. Januar war der hundertste Geburtstag von Moriz Schwind, dem in Wien geborenen Maler, dem aber bald das kunstfrohe München zur Heimat ward. Seine Hauptwerke sind die Wandgemälde im Münchener Königsbau, in Schloß Hohenzwangung und der Kunsthalle in Karlsruhe sowie die Aquarelle zu den Märchen vom gestiefelten Kater, von Uchenbrödel, von den sieben Raben und der schönen Melusine. Schwind, ein derber und mit gutem Witz besetzter Mann, starb am 8. Februar 1871 in seinem Landhause am Starnberger See.

Der frühere sächsische Reichstagsabgeordnete Gehlert ist in Dittorf gestorben. Er war es, der Ende der achtziger Jahre im Reichstage den geschmacklosen Antrag stellte, die Margarine — blau zu färben, damit man sie besser von Naturbutter unterscheiden könne.

Rofaten in Preußen. Nach geschwändlicher Untersuchungshaft sind die sozialdemokratischen Parteigänger Braun und Novagrotki in Königsberg aus dem Gefängnis entlassen worden, in welches sie von der russophilen preussischen Regierung, wegen Geheimbündelei sowie wegen Hochverrats gegen das russische Reich und wegen Verleumdung des Zaren“ geworfen worden waren. Mehrere wegen des gleichen Deliktes Verhaftete wurden aus der Untersuchungshaft nicht entlassen.

Der oldenburgische Justizminister Dr. Kuhstrat, ein in den Zeitungen sehr häufig genannter Beamter, wurde wegen Verleumdung des Redakteurs Biermann zu 20 Mk. Geldstrafe verurteilt. Bei dem von der Frau des zu 11 Monaten Gefängnis wegen Ministerbeleidigung verurteilten Biermann persönlich unternommenen Verjücht, ihrem Manne eine angemessene Behandlung bzw. Beschäftigung im Gefängnis zu sichern, wurde ihr von Kuhstrat (neben einer noch fräufigeren Bezeichnung ihres Mannes) gesagt: „Jemand, der Behörden in solcher Weise angreift, dessen Ehre würde nicht verlegt, wenn man ihn einen Lump nenne.“

Deutsche „Recht“prechung. In einem schlesischen Städtchen kam ein Ziegeleimeister mit seinem „Untergebenen“ in Streit, den der Herr Vorgesetzte dadurch glaubte am einfachsten sichten zu können, daß er den Ziegeleiarbeiter R. bezarr mißhandelte, daß er am nächsten Tage verhaftet. Vom Schwurgerichte wurde der Totschläger von der Anklage der Körperverletzung mit tödlichem Ausgang freigesprochen, wegen einfacher Körperverletzung konnte er aber nicht bestraft werden, weil von dem Getöteten kein Strafantrag vorlag! „Der Pöpp, der hängt ihm hinten!“

„Die Mitglieder des Maurerverbandes wenden samt und sonders Zwang und Ehrverletzung an“ war der Ausspruch eines Staatsanwaltes zu Breslau in einem Prozeße, der obendrein mit Freisprechung endete. Es handelt sich in diesem Falle um einen organisierten Maurer, der mit seinen Beiträgen immer rückständig war, weshalb ihm öfters bedeutet werden mußte, „doch einmal reine Wäsche zu machen“. Eines Tages kam es zu einem Wortgefecht zwischen diesem und einem andern Maurer, das in eine Schlägerei ausartete, wogegen der Mann mit der unreinen Wäsche das Signal gab, welcher seinen Gegner mit den Holzpantinen etwas sehr kräftig bearbeitete. Der schwer Gemißhandelte stellte Strafantrag beim Staatsanwalt, der jedoch auffälligerweise zurückgewiesen wurde. Als nun der Schläger Wind von der gegen ihn erstatteten Anzeige bekam, drehte er den Spieß um und zeigte seinen von ihm verübten Kollegen wegen „Konditionszwang“ an. Diesem Strafantrage wurde sofort stattgegeben und der Geprügelte zierte nun die Anklagebank als Terrorist; er sollte den Schlagfertigen ohne Grund aufgefördert haben, sein Verbandsbuch in Ordnung zu bringen und ihn außerdem Lump beisteln haben. Der staatsanwaltliche Eifer zeigte sich auch wieder in der Verhandlung, zwei Monate sollten dem Terroristen aufgebrennt werden. Das Gericht sprach jedoch den auf so seltsame Weise zum Angeklagten gewordenen Maurer frei. Das Maurervergarn entrüstet sich mit Recht über die wiedererlebene Verurteilung des Staatsanwaltes, aber auch der ganze Prozeß ist ein Beweis, wie sehr das gestiftete Wort eines andern öffentlichen Anklägers: „die objektivste Befürde der Welt ist die Staatsanwaltschaft“, für die deutschen Verhältnisse zutrifft. —

Das Wort vom Terrorismus ist jetzt bebildlich im Munde aller „guten“ Staatsbürger und Gänsehüte und eifige Schauer fliegen nur so über den Rücken des ehrsamten Spielers, hört er die Schandermär vom Terrorismus, den Gewalttätigkeiten gegen arbeitswillige Mitmenschen oder gar Unternehmer. Wir beurteilen jede Art von Terrorismus, wir wissen aber auch, daß dieses Gezeier auf Unternehmerseite sehr durchsichtiger Natur, wie folgender Fall wieder einmal beweist, wo es auch nach dem Reize ging: Willst du nicht mein Bruder sein, schlag ich dir den Schädel ein. Der württembergische Verband der Gipser- und Stukaturmeister und die württembergischen Gipserfabrikanten haben einen Vertrag miteinander geschlossen, der ein Ullmehrmittel gegen Streiks für kom-

Fortsetzung in der Beilage.

Fortsetzung aus dem Hauptblatte.

mende Zeiten sein soll. Danach verpflichten sich die Gipsfabrikanten, an solche Gipsvergießern, die sich in diesem Sommer im Auslande befanden und infolgedessen ein eigenes Geschäft anzufangen beabsichtigen, zwei Jahre lang keinen Gips zu liefern. Allen Meistern, welche Arbeiten von ausländischen Arbeitern ausführen lassen, wird der Preis für den Gips erhöht und zwar um 60 Proz. Um diesen Preis haben sich andererseits die Meister des Verbandes verpflichtet, allen Gips nur von denjenigen Fabrikanten zu nehmen, welche sich zu obigen Streik Klauseln verpflichtet haben.

Das preussische Kammergericht hat über die Gültigkeit von Kartellabschlüssen ein Urteil gefällt, das die bisherigen Anschauungen über solche Bünde wesentlich zu revidieren geeignet ist. Der Deutsche Milchhändlerverband verpflichtete seine Mitglieder gegen Konventionalstrafe, nicht unter einem bestimmten Mindestpreise an die Zentrale Milch zu liefern, die Konventionalstrafe war nach dem Bürgerlichen Gesetzbuche festgelegt. Ein Händler hatte nun, gestützt auf die vermeintliche Rechtsgültigkeit derartiger Verpflichtungsscheine, unter dem verabredeten Preise Milch verkauft, von dem Verbandsverband zu 2000 Mk. Konventionalstrafe verurteilt und ist nun vom Kammergerichte aus dazu verurteilt worden. Das Gericht führte aus, der Revers sei rechtsgültig, er verstoße nicht gegen das Prinzip der Gewerbefreiheit oder die guten Sitten, da er die Individualfreiheit der Verbandsmitglieder nicht in unzulässigem Maße und nur auf einen absehbaren Zeitraum beschränke. Für eine derartige Kartellvereinbarung gälte die Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuches.

Die Befugnisse eines Einigungsamtes wollte der Berliner Innungsanspruch erteilt bekommen. Die Gewerbe-Deputation des Magistrats lehnte jedoch dieses Ersuchen ab, da ja nur ein Teil der Arbeitnehmer, nämlich soweit diese der Innung angehören, in Frage käme und weil mit der Neueinrichtung unnötigerweise dem allgemein anerkannten Einigungsamte des Berliner Gewerbegerichts Konkurrenz gemacht werden würde, welches doch zweifellos den Vorzug genieße, daß hier ganz einwandfreie und unparteiische Richter zu entscheiden hätten.

Keine Geldmittel zur Errichtung eines Gewerbegerichts sind in Kempen vorhanden, welches etwas unter 20000 Einwohner zählt, aber eine ganz ansehnliche Industrie hat. Das erste Gesuch der Arbeiterschaft wurde mit Verneinung der Bedürfnisfrage erledigt. Als dann die von den Arbeitern angeregte Regierung ein Gewerbegericht für Kempen als wünschenswert erklärte, waren keine Gelder für diesen Zweck vorhanden.

Kommunale Arbeiterfürsorge in anderer Weise als in Nürnberg beliebt entwickeln die Stadtverwaltungen in Mühlhausen (Essen) und Fürth. In ersterer Gemeinde sind für die städtischen Arbeiter Minimallöhne und Maximalarbeitszeiten eingeführt, als Minimallöhne gelten die für die betreffenden Berufe üblichen Durchschnittslöhne. Ferner wurde in die Bedingungen der städtischen Lastenhefte für die Unternehmer die Klausel eingeführt, daß sie sich verpflichten, bei den von der Stadt übertragenen Arbeiten mindestens diese Löhne zu zahlen und bei Zuwiderhandlungen 50 Mk. Konventionalstrafe für den Einzelfall zu entrichten. Die Maximalarbeitszeit wird auf 10 Stunden festgelegt. Die Mittagspause dauert 1 1/2 Stunden; bei Ueberstunden ist ein Lokalaufschlag von 50 Prozent zu geben. Alfordarbeit ist verboten; ortsanfässige Arbeiter haben bei Arbeitseinstellung den Vorzug. — Im Stadtmagistrate zu Fürth wird zurzeit ein Entwurf von Submissionsbedingungen beraten. Nach diesen sollen in Zukunft nur solche Unternehmer berücksichtigt werden, welche die in den betreffenden Branchen üblichen Arbeitszeiten und Löhne innehalten oder solche, die eingegangene Tarife aufrecht halten.

In München soll eine allgemeine Wohnungsuntersuchung vorgenommen werden, deren Gesamtkosten sich auf 120000 Mk. belaufen werden, wovon 40000 Mk. die Staatskasse tragen will.

Eine Wohnungsstatistik zu veranstalten ist auch in Fürth beschlossen worden. Kostenpunkt 10500 Mk., staatlicher Zuschuß 4000 Mk.

Den vollen Beifall unserer Agrarier findet jedenfalls ein englisches Projekt zur Arbeitslosen-Unterstützung, wie es kürzlich eine Konferenz maßgebender Persönlichkeiten ausgeheckt hat. Der Anfang soll in der Weise gemacht werden, daß in London Anstalten, sofern sie eine eigne Wohnung oder Familie haben und arbeitslos werden, auf das Land abgehoben werden, ihnen dort ein Unterkommen, Nahrung und Arbeit gegeben, der Arbeitslohn aber der zurückgebliebenen Familie zugeführt werden soll. Die dazu notwendigen Gelder sollen aus Gemeindegeldern und durch freiwillige Beiträge aufgebracht werden.

Zur Erkenntnis gekommen. In Lauf bei Nürnberg sind die Säpfer von ihren Unternehmern ausgesperrt worden. Den letzteren sprangen nach berühmten Mustern auch die Geistlichen aus Schwabach bei, indem sie einen

Berein der Arbeitswilligen zu gründen versuchten u. dgl. mehr. Eine Volksversammlung beschäftigte sich mit dieser Parteinahme der Geistlichen, welche auf Einladung in der Versammlung erschienen waren und dort erklärten: Sie hätten nichts Böses gewollt. Ihre Ansicht habe sich jetzt geändert und sie gingen nicht mehr in die Fabrik des Unternehmers hinein. Die Versammlung sei für sie eine große Lehre.

In Ernmittschau sollen nach einem Beschlusse der Fabrikanten alle eine leitende Stelle im Kampfe eingenommenen Arbeiter dauernd ausgesperrt werden. Die Zahl der vorläufig arbeitslos bleibenden Textilarbeiter wird von einer Seite auf 3500, von anderer auf nur 2000 beziffert. Es sollen zum Schlusse etwa 2700 Arbeitswillige den Fabrikanten zur Verfügung gestanden haben, von den Ausgesperrten sollen etwa 1500 umgefallen sein.

In Prag sind 500 Tischler ausgesperrt. Die Opfer der amerikanischen Eisenbahnen belieten sich im Jahre 1902 auf 3553 Tote und 45997 Verwundete gegen 2819 Tote und 39800 Verletzte, also 25 Proz. mehr Tote und eine Vermehrung der Verwundeten um 15 Proz. gegen 1901. Amerika ist ja das Land des Fortschrittes!

Gingänge.

Klinsch' Jahrbuch, technische Abhandlungen und Berichte über Neuheiten aus dem Gesamtgebiete der graphischen Künste. Band IV. Verlag: Klinsch & Co., Frankfurt a. M. Preis 5 Mk. In 21 selbständigen, eng im Rahmen des vorstehenden Titels gehaltenen Abhandlungen, begleitet oder erläutert von 25 Beilagen, ist der Herausgeber ernstlich bemüht, der gestellten Aufgabe gerecht zu werden. Es kann gesagt werden, daß die Ausstattung des 244 Seiten umfassenden, in einem sehr originellen Einbände gehaltenen Buches und dessen Inhalt eine gute Jenjur verdient.

Bibliothek des allgemeinen und praktischen Wissens. Herausgabe von Emanuel Müller-Baden. Verlag: Deutsches Verlagshaus Bong & Co. Preis der Lieferung 60 Pf. In 4 eleganten Bänden à 12,50 Mk. Es ist ein groß angelegtes Werk, dessen erste Lieferung wir hierdurch anzeigen. Dem Studium und Selbstunterrichte in den hauptsächlichsten Wissenszweigen und Sprachen für Kaufleute, Gewerbetreibende, Beamte usw. will es dienen und zwar nach dem alten, aber niemals veraltenden Grundsätze, daß wir alle für das Leben und nicht für die Schule zu lernen haben.

Gleichheit, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen. Verlag: F. S. W. Diez Nachf., Stuttgart. Nr. 1. u. 2. Preis pro Nummer 10 Pf., pro Quartal 55 Pf.

Gestorben.

In Wachen am 8. Januar der Sezer Arnold Krentz, 24 Jahre alt — Schwindfuchst.

In Altenburg am 19. Januar der Sezer Otto Wunderlich aus Wabernburg i. Schl., 35 Jahre alt.

In Urad (Ungarn) am 8. Januar Joh. Schmid jun., 21 Jahre alt.

In Bonn am 7. Januar der Sezer Peter Palm von da, 72 Jahre alt.

In Cincinnati (Amerika) am 22. Dezember der Buchdruckereibesitzer Heintz Paacke aus Hagenow (Meckbg.), 72 Jahre alt.

In Wilsdorf am 12. Januar der Sezer Peter Buchhüter, 52 Jahre alt.

In Frankfurt a. M. am 16. Januar der Gießer Johann Feiß aus Mühlheim a. M., 47 Jahre alt.

In Hamburg am 16. Januar der Buchdruckereibesitzer F. A. W. Lüdekings (i. Fa. Gebrüder Lüdekings), 58 Jahre alt.

In Leipzig am 16. Januar der Druckerwalde Friedrich Günz aus Deßau b. Leipzig, 54 Jahre alt — Gehirnerweichung.

In Mainz der Sezer Franz Barkanowiz aus Marienwerder, 31 Jahre alt — Lungenleiden.

In Straßburg i. Els. am 12. Januar der Sezer Wolf Wilselbach, 29 Jahre alt.

Briefkasten.

M. A. in Offen: 6,50 Mk. an Kollegen W. Mitschke, Leipzig, Brüderstraße 9. — M. in Ludwigshafen: Die Rechnung ist mit an den Gaukassierer nach Mannheim gelangt; 10,30 Mk.

Verbandsnachrichten.

Verbandsbüro: Berlin SW 29, Schmitzplatz 5, III.

Verein der Berliner Buchdrucker und Schriftgießer. Mittwoch den 27. Januar, abends 8 1/2 Uhr: Vereinsversammlung im Gewerkschaftshause, Engelauer 15.

Westpreußen. Der Gauvorsteher Fr. Nagroski wohnt jetzt Danzig, Altegg-Gasse 18a.

Bezirk Viesfeld. Der Vorstand für das Jahr 1904 besteht aus folgenden Kollegen: Otto Mrow, Hermannstraße 61, erster Vorsitzender; Ernst Joh. Kothe, zweiter Vorsitzender; Louis Hünigsh, Weindersstr. 1, Kassierer; Paul Franz, erster Schriftführer; Heintz Rahmeier, zweiter Schriftführer; Hans Wozniak, erster Bibliothekar; Josef Brinkmann, zweiter Bibliothekar. Als Reisesekretär fungiert Kollege Louis Ernst und als Revisoren und Krankenbesucher die Kollegen Hermening, Krüger und Dreyer.

Bezirk Hirschberg. Der Vorstand für das Jahr 1904 besteht aus folgenden Kollegen: D. Seiffert, Gellerstraße 24, II, Vorsitzender; F. Neimann, Promenade 5, Kassierer; P. Ferischeck, Schriftführer; M. Belke und P. Koch, Beisitzer.

Die Herren Vertrauensmänner und einzeln konditionierenden Mitglieder werden um baldige Einfindung eines kurzen Jahres- resp. Situationsberichtes hierdurch ersucht.

Bezirk Liegnitz. Der Bezirks- bzw. Ortsvorstand setzt sich für das Jahr 1904 aus folgenden Kollegen zusammen: Rob. Krensch, Wilhelmstr. 11, I, Vorsitzender; P. Jänisch, Stellvertreter; Berth. Verbau, Neue Hahnauerstraße 25, II, Kassierer; Richard Wenzel, Schriftführer; Oskar Frömbsdorff, Beisitzer.

Bezirk Wiesbaden. Die Jahres-Hauptversammlung findet am 7. Februar statt. Einaige Anträge sind bis zum 31. Januar an Jul. Braun, Sahnstraße 19, einzureichen.

Bezirk Worms. Der Vorstand für das Jahr 1904 besteht aus folgenden Kollegen: Viktor Helze, Wallstraße 7, II, erster Vorsitzender; Heinrich Eberhardt, Wallstraße 7, part., Kassierer; Georg Weiß, zweiter Vorsitzender; Hermann Paullein, Schriftführer; W. Hermann, Bibliothekar; Bender und Loos, Beisitzer; Reiß, Krankentrottkleur.

Muc (Erzgeb.). Der Vorstand für die hiesige Mitgliedschaft setzt sich aus folgenden Kollegen zusammen: W. Buchta, Bettinerstraße 28, II, Vorsitzender; P. Wonneberger, Wodauerstraße 36, II, Kassierer; W. Mant, Schriftführer; P. Kockstroh, Bibliothekar.

Darmstadt. Der Vorstand setzt sich für das Geschäftsjahr 1904 wie folgt zusammen: Aug. Schippers, Alterstraße 18, erster Vorsitzender; Alb. Lemke, zweiter Vorsitzender; Herm. Gierig, Rießstraße 5, II, Kassierer; Paul Seibel, erster Schriftführer; Richard Fehsche, zweiter Schriftführer; Bünsch und Dörper, Bibliothekare; Engiz und Friede, Revisoren.

Guede. Der Vorstand für 1904 setzt sich aus folgenden Kollegen zusammen: Gustav Hendrichs, Wellinghoferstraße 2, erster Vorsitzender und Kassierer; Wilh. Schütter, stellvertretender Vorsitzender und Kassierer; Jakob Woutarde, erster Schriftführer; Bernh. Schläter, zweiter Schriftführer; Heinrich Stodert, erster Bibliothekar und Albert Werner, zweiter Bibliothekar.

Kiel. Der Vorstand besteht aus folgenden Kollegen: Martin Brüter, Lehmsberg 18a, III, Vorsitzender; August Peißel, Lehmsberg 18, I, Kassierer; Heinrich Baumann, Schriftführer; Th. Dillenstäger und Oskar Kasten, Beisitzer; Peter Holm, Bibliothekar; Albert Hönow, Reisesekretär.

Neuwied. Für das laufende Jahr setzt sich der Vorstand des hiesigen Ortsvereins aus folgenden Kollegen zusammen: Konrad Mühlmann, Kirchstraße 24, Vorsitzender; Ludwig Böhm, Schloßstraße 35, II, Kassierer; Ambros Walser, Schriftführer; Oswald Feil, Revisor und Bibliothekar; Peter Schumacher, Revisor.

Die Sperrung über die L. Heuser'sche Buchdruckerei (Meinte & Döring) wird hiermit aufgehoben.

Oberhausen. Der Vorstand des hiesigen Ortsvereins setzt sich für das Jahr 1904 aus nachfolgenden Kollegen zusammen: Peter Neumann, Strum, Klärenstraße 15, Vorsitzender; Philipp Franz, Strum, Heidstraße 127, Kassierer; Jos. Prüm, Schriftführer; Jos. Heidekamp, erster Bibliothekar und F. Fieseler, zweiter Bibliothekar.

Duedlinburg. Der Vorstand für das Jahr 1904 besteht aus folgenden Kollegen: H. Heitefuß, Steinweg 70, Vorsitzender; A. Dube, Kommt 7, Kassierer; A. Torgau, Schriftführer; M. Gölzer, Bibliothekar.

Habensburg. Die Adresse des Vertrauensmannes lautet von jetzt ab: Karl Buchmüller, Geppmismarkt 29.

Kochsburg o. Th. Der Vorstand des Ortsvereins setzt sich pro 1904 aus folgenden Kollegen zusammen: W. Willfarth, Alter Stadthagen, Vorsitzender; G. Gerlinger, vorm Klingenthal, Kassierer; W. Fuchs, Schriftführer und Bibliothekar.

Zossen. Der Drucker Maltschies, welcher im November v. J. hier konditionierte, wird hiermit aufgefordert, das aus der Ortsvereinsbibliothek entlehene Buch sofort an den Bibliothekar Paul Freutel, Kiez 14, S.,

